

Mitteilung

öffentlicher Teil

| Gremium | Datum |
|--|--------------|
| Jugendhilfeausschuss | 12.06.2018 |
| Ausschuss Soziales und Senioren | 14.06.2018 |
| Runder Tisch für Flüchtlingsfragen | 15.06.2018 |
| Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales | 18.06.2018 |
| Integrationsrat | 04.09.2018 |
| Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik | 10.09.2018 |
| Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender | 25.09.2018 |

Neues Amt für Integration und Vielfalt

Sachstand zum 01.06.2018

In der Stadtverwaltung Köln soll im Dezernatsbereich OB noch in diesem Jahr ein Amt für Integration und Vielfalt eingerichtet werden.

Köln ist seit Jahrhunderten eine Einwanderungsstadt für Menschen aus vielen Ländern, die aus persönlichen, politischen, religiösen, aber auch wirtschaftlichen Gründen in unsere Stadt kommen. Köln ist als bunte und tolerante Stadt in Deutschland bekannt. Fast jeder dritte Einwohner, jede dritte Einwohnerin in Köln verfügt bereits heute über einen Migrationshintergrund (ca. 1 % leben derzeit als Geflüchtete in städtischen Unterkünften). In den letzten Jahrzehnten ist in Köln eine der lebendigsten und vielseitigsten LSBTI-Communities Europas gewachsen. Inklusion ist ein wichtiger Bestandteil des städtischen Standards.

Tatsache ist aber auch, dass es trotz großer Anstrengungen von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft nicht ausreichend gelungen ist, allen Gruppen unserer vielfältigen städtischen Gesellschaft die soziale, kulturelle und politische Teilhabe zu ermöglichen und chancengleiche Zugänge zu Bildung zu eröffnen. Das schafft nicht nur für den einzelnen Menschen eine schwierige und unbefriedigende Lebenssituation und verwehrt ihm Chancen und Möglichkeiten, sondern hat negative gesellschaftliche Auswirkungen. Statt die großen Potentiale nutzen zu können, die in dieser Vielfalt liegen, stellen sich immer neue Herausforderungen, die mit hohem Einsatz von Ressourcen - zwangsläufig aber häufig nur symptom - und nicht ursachenorientiert, zu bewältigen sind.

Die Themen Einwanderung und Vielfalt müssen stärker zielgerichtet in das Verwaltungshandeln und in die Stadtgesellschaft Einzug finden. Integration muss in Köln einfacher, wirksamer und nachhaltiger, Vielfalt noch selbstverständlicher werden.

Integration und Vielfalt sollen verstärkt in den Focus des Verwaltungshandelns und Verwaltungsplanung gebracht werden durch

- eine gesamtstädtische und strategische Ausrichtung und Steuerung der Themen Integration und Vielfalt,
- die Bündelung fachverwandter strategischer und operativer Aufgaben,
- transparente, effektive Strukturen,
- den Auf- und Ausbau stabiler Netzwerke und
- Input für die städtischen Planungsprozesse.

Der Blick auf die in den letzten Jahren eingewanderten Menschen macht den Handlungsbedarf noch einmal besonders deutlich. Die Zahl der zugewiesenen Geflüchteten sinkt zwar derzeit, es wird aber weiterhin Einwanderung nach Köln geben – gerade auch aus den Ländern der EU.

In den Jahren 2014-2016 mussten sich die Aktivitäten der Verwaltung prioritär auf die Unterbringung der hohen Anzahl geflüchteter Menschen ausrichten. Nun gilt es, neben der Optimierung der Unterbringung, mit großen Anstrengungen auch die soziale, kulturelle, schulische und berufliche Teilhabe auszubauen, um den Menschen, die in Köln bleiben und weiterhin nach Köln kommen, die Integration in die Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen – gerade nicht in unserer Stadt.

Dabei wird die Verwaltung die bestehenden Konzepte: „Stärkung integrative Stadtgesellschaft“ (Integrationskonzept), Köln I(i)ebt Vielfalt Diversity Konzept, Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik und „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“ weiterentwickeln.

Die im Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ gewonnenen Erkenntnisse haben aktuell den Handlungsbedarf verdeutlicht und fließen in die Überlegungen zur Neustrukturierung ein.

Mit dem neuen Amt für Integration und Vielfalt positioniert sich Köln erneut und entschieden für Toleranz und gleichberechtigte Teilhabe innerhalb aller in der Stadt lebenden Menschen und schafft zur Erfüllung diese Zielsetzungen die optimierten organisatorischen Voraussetzungen in der Verwaltung.

Im neu zu bildenden Amt im Dezernat der Oberbürgermeisterin werden neben der neuen Fachabteilung zur Steuerung und Koordination der Querschnittsaufgaben auch ausgewählte operative Einheiten zusammengeführt. Diese Organisationseinheiten hatten bisher bereits Koordinierungsfunktionen zu den Querschnittsthemen, bzw. können innerhalb ihrer Aufgabenstellung das neue Amt bei den Steuerungsaufgaben wesentlich unterstützen.

In das neue Amt für Integration und Vielfalt werden neben der Fachabteilung nach derzeitigem Stand folgende Aufgabenbereiche integriert:

- Team Integrationskurse des Ausländeramtes,
- Dienststelle Diversity mit Kommunalem Integrationszentrum, dem Büro des Behindertenbeauftragten und der Fachstelle LSBTI,
- Interkultureller Dienst (IKD) sowie
- Referat Flüchtlingskoordination.

Am 23.05.2018 hat erstmals die für die Einrichtung des neuen Amtes gegründete Projektgruppe unter Einbindung von Vertretern und Vertreterinnen der beteiligten Dezernate und Dienststellen einschließlich des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern, der Örtlichen Personalräte, des Gesamtpersonalrates und der Gesamtschwerbehindertenvertretung getagt. Die Projektgruppe hat mehrere Unterarbeitsgruppen eingerichtet, die zurzeit Detailfragen (Übergänge, Schnittstellen, Informationstechnik, Finanzen etc.) klären. Die Projektgruppe wird durch die Leitung des Referates Flüchtlingskoordination gesteuert.

Die in die erste Sitzung der Projektgruppe eingebrachten Unterlagen sind der Mitteilung beigefügt.

Die räumliche Unterbringung der Mitarbeitenden ist noch nicht abschließend geklärt. Die Aspekte Kundenorientierung (möglichst kurze Wege) und Aufgabenstellung der Fachbereiche (z.B. dezentral tätiger IKD) werden bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zu berücksichtigen sein.

Eine Vorabinformation an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten Aufgabenbereiche er-

folgte über die jeweiligen Dienststellenleitungen. Über das Intranet wurden inzwischen alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informiert. Frau Oberbürgermeisterin Reker wird vor dem Start ihres neuen Amtes zu einer Mitarbeiterversammlung einladen.

Gez. Reker